

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 331. Montagsdemonstration!**



UN-Ausschuss fällt vernichtendes Urteil über die deutsche Sozialpolitik

(Irene eröffnet die - Montagsdemo am 11.07.2011)

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen hat in seinem Maibericht über die soziale Lage vor allem für Arbeitslose, Migranten, Alte, Frauen, Pflegebedürftige sowie Jugendliche und Kinder in Deutschland ein vernichtendes Urteil gefällt. Danach leben 13 Prozent der Deutschen unter der Armutsgrenze. Und das selbst nach geschönten Zahlen der Bundesregierung, auf die sich der UN-Ausschuss bezieht

Als Armutgefährdet gilt man, wenn man mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss. 2008 waren das 929 Euro monatlich. Während der Wirtschaftskrise ist aber wegen sinkender Löhne und der rasanten Zunahme von Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnissen die Zahl der armen Menschen noch deutlich gestiegen.

Laut dem UN-Ausschuss sind viele Familien in Deutschland so arm, dass jedes vierte Kind ohne Frühstück zur Schule gehen muss und häufig mangelhaft ernährt wird.

1,3 Millionen Menschen benötigen trotz Arbeit die "Aufstockung" durch Hartz IV.

Dabei gewährt die monatliche Grundsicherung von 365 Euro Arbeitslosen "keinen angemessenen Lebensstandard" (UN-Ausschuss). Kritisiert wird auch, dass Arbeitslose "jeden zumutbaren Job" akzeptieren oder unbezahlte Arbeit leisten müssen.

Die Kritik des UN-Ausschuss ist ein vernichtendes Urteil über die Lebenslüge vom so genannten "Sozialstaat" Deutschland, den alle Bundesregierungen der Nachkriegszeit **als mustergültig** in der Welt zur Schau stellen. **Es hat ihn nie gegeben.**

Mit der Krise wird der Gegensatz zwischen den Konzernen und der arbeitenden Bevölkerung immer offensichtlicher.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Auf die UN-Schelke hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hektisch reagiert.

Dem Bericht sei kein Glauben zu schenken, da außer den UN-Experten auch Nichtregierungsorganisationen mitgearbeitet hätten. Dann behaupteten sie, dass die Zahlen veraltet seien. Dabei hätten die neuesten Zahlen den Bericht sicher noch schärfer ausfallen lassen.

Der UN-Ausschuss ist nun keineswegs eine Institution die das Treiben der Politiker kritisiert. Ihn treibt vielmehr die Sorge um, wie man verhindern kann, dass weitere soziale Sprengsätze explodieren wie in Nordafrika oder in Spanien und Griechenland.

– Denn immer mehr Menschen, und vor allem junge Leute wollen es weltweit nicht mehr hinnehmen, dass ihnen diese Gesellschaftsordnung keine oder nur immer schlechtere Perspektiven zu bieten hat.

Deshalb dient die Kritik in dem Bericht des UN-Ausschusses vor allem als eine Aufforderung an die Politiker, die weitere Revolutionierung der Massen entgegen zu wirken. Angesichts der immer umfassenderen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist das letztlich aber so unmöglich wie die Quadratur des Kreises.

Größeren Rettungsschirm für Italien. Die Verschuldung steigt weiter von wegen die Regierungen haben alles im Griff.

– Wie eine Bugwelle schieben die Verantwortlichen in den Banken und Börsen-zentrale samt ihren politischen Handlanger in den Regierungen die finanziellen Lasten ihres Krisenmanagements vor sich her. Die Banken können weiter ihre aus ihren Staatsanleihen verlustfrei aus steigen, und wir sollen zahlen.

Letzt endlich steuert die gesamte Bekämpfung der Krise durch die Politik auf einen Staatsbankrott zu.



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz